

# Außenpolitisches Selbstverständnis

Benjamin Zyla

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen einer der zentralen Eckpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Bisher war jede Bundesregierung seit Adenauer um Freundschaft zu den Vereinigten Staaten bemüht. Eingewoben in ein dicht gesponnenes Netz aus transatlantischen Bündnispartnern (NATO), europäischen Freunden sowie engen Außenwirtschaftsbeziehungen bewegten sich deutsche Außenpolitiker durch die Untiefen transatlantischer und internationaler Politik dicht an der Seite eben dieser Verbündeter. Dies war der Garant, wie das Plädoyer des Tönissteiner Kreises richtig dargestellt hat, für Sicherheit, Planbarkeit und Kontinuität. Mit dem Erreichen der vollen Souveränität der BRD gilt es diese jedoch zu gestalten. Das Modell eines deutschen Unilateralismus ist jedoch völlig undenkbar in der Berliner Republik.

Nach der „Bush-Doktrin“ brauchen die USA unter der neuen Obama-Regierung die Unterstützung der Europäer mehr denn je. Bei genau dieser Erneuerung der transatlantischen Brücke spielt Deutschland aufgrund seiner politischen, ökonomischen, und geografischen Prädispositionen inmitten von Europa eine zentrale und gewichtige Rolle. Es trägt damit ein gehöriges Stück Verantwortung für eine erfolgreiche Zukunft der transatlantischen Allianz sowie der Europäischen Union. Diese neue Identität und das damit einhergehende neue Rollenverständnis der Bundesrepublik – sozusagen als Schlüsselfigur (*Linchpin*) des transatlantischen Bündnisses – erlaubt es den Deutschen nicht nur, zwischen den USA und den Europäern zu vermitteln, sondern auch, Einfluss auf die Gestaltung der europäischen und transatlantischen Politik zu nehmen. Dabei bedarf es extremer politischer Geschicklichkeit, Gewandtheit in den Künsten der Diplomatie sowie explizitem Verständnis von nationalen Interessen und Werten. Anders ausgedrückt geht es um zweierlei: erstens um *Soft Power* und zweitens darum, die neue Identität der Bundesrepublik in den kommenden Jahren gezielt und überlegt bei der Lösung anstehender transatlantischer Probleme einzubringen. Dieses neue Selbstverständnis würde nicht nur Deutschlands



Benjamin Zyla, Ph. D.,  
geb. 1977, Center for  
International Relations,  
Queen's University,  
Kingston, Kanada.  
ben.zyla@queensu.ca

Rolle innerhalb der NATO weiter stärken, sondern sich auch positiv auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen niederschlagen. Der Respekt anderer Bündnispartner vor Deutschland als verlässlichem und verantwortungsvollem Partner würde damit gestärkt. Es sei jedoch ausdrücklich gesagt, dass es bei dieser neuen Identität Deutschlands nicht darum geht, hegemoniale Ambitionen in Europa oder der Welt geltend zu machen.

Bei drei zentralen Themen, die seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sowohl transatlantische als auch paneuropäische Divergenzen hervorgerufen haben, kann die Bundesrepublik ihre Rolle als *Linchpin* unter Beweis stellen: Afghanistan, das neue strategische Konzept der NATO und Russland.

1. Afghanistan: Die Sorgenfalten der Verbündeten sind tief, da dem Land am Hindukusch mehr denn je ein blutiger Bürgerkrieg droht. Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2009 unterstrichen diese Unsicherheiten und ein Scheitern der NATO in Afghanistan ist nicht mehr auszuschließen. Bei aller Kritik an der Allianz und ihrer neuen Militärstrategie gilt es zu bedenken, dass ein Scheitern der USA in Afghanistan und im Irak in keinem Falle im Interesse Deutschlands und Europas liegt. Sie wären dann nämlich gefragt, das US-amerikanische Erbe in Asien zu schultern und mehr Truppen sowie Ausrüstung nach Afghanistan zu schicken. Ein höherer Blutzoll der Europäer wäre ebenso wahrscheinlich wie der Verlust der Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Daher haben die Europäer und Deutschland im Besonderen als drittgrößter Truppensteller ein ernsthaftes Interesse daran, ein solches Scheitern der USA und damit der NATO abzuwenden. Gleichzeitig sollten sie aber mehr dafür Sorge tragen, dass die europäische Handschrift im Bereich des zivilen Aufbaus deutlicher wird.
2. Neues strategisches Konzept der NATO: Der globale Terrorismus ist einer der zentralen Streitpunkte in den Verhandlungen um die neue Strategie der NATO. Es wird die Europäer viel diplomatisches Kapital kosten, die Amerikaner langfristig von den europäischen Methoden der Terrorismusbekämpfung zu überzeugen. Gerade hier könnte die Bundesrepublik ihre Rolle als transatlantischer Gesprächspartner unter Beweis stellen, speziell mit Hinblick auf ihre Erfahrungen mit

terroristischen Vereinigungen in den 70er Jahren sowie ihrer Denkart, den Terrorismus primär als eine Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden und eben nicht des Militärs zu betrachten.

In der Forschung wird das Phänomen Terrorismus entweder als militärischer Akt, eine kriminelle Aktivität oder eine interne gesellschaftliche Anomalie betrachtet. Ausgehend von dieser Kategorisierung ergeben sich drei unterschiedliche Handlungsszenarien für die Praxis. Erstens: Versteht man Terrorbekämpfung als eine militärische Aktivität ergibt sich daraus ein militärischer Aktionismus. Streitkräfte werden losgeschickt, um Terroristen zu töten. Aus genau dieser Betrachtungsweise resultierte auch die Strategie des *War against Terror* der Amerikaner. Zweitens: Betrachtet man den Terrorismus als eine kriminelle Aktivität ergibt sich daraus die Annahme, dass sich Kriminalität in einer Gesellschaft nie ganz auslöschen und nur mit Polizeiarbeit eindämmen bzw. zurückdrängen lässt. Drittens: Wenn Terroristen als eine „Krankheit“ der Gesellschaft angesehen werden, fragt man hauptsächlich nach den Ursachen dieser Krankheit. Daraus kann sich ein unterschiedliches Verständnis davon entwickeln, wie man mit dieser Bedrohung umzugehen hat. Die Europäer, glaubt man ihrer Sicherheitsstrategie von 2003, sehen den Terrorismus mehr als ein polizeiliches oder „medizinisches“ denn als ein militärisches Problem an.

3. Russland: Russlands Bedeutung ergibt sich auch aus seiner wirtschaftlichen Stellung als Hauptenergielieferant für Westeuropa. Deutschland bezieht circa 46 Prozent seines Erdgases sowie circa 36 Prozent des Erdölbedarfs aus Russland, wodurch Moskau aufgrund des hohen Ölpreises bis vor zwei Jahren eine Menge Geld verdient hat. Genau in diesem monetären Verdienst liegt aber auch Russlands Problem. Der Fall des Rohölpreises hat dazu geführt, dass weniger Geld in die staatlichen Kassen geflossen ist. Politisch gesehen braucht Russland daher den Westen, auch um seine maroden Förder- und Transportwege durch ausländische Investitionen zu erneuern. Neue Gas- und Ölfelder wollen ebenfalls erschlossen werden. Diplomatisch hat der Georgienkrieg 2008 das Verhältnis zwischen den USA und Russland stark belastet. Russland, so wird spekuliert, will wieder als weltpolitische Macht ernst genommen werden und lässt seine Muskeln im

Kaukasus spielen, was in den westlichen Regierungszentralen für Unmut sorgt. Was allerdings übersehen wird, sind strukturelle Kräfte, die Russland und die USA als Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aneinanderbinden, gerade in weltpolitischen Fragen wie beispielsweise der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. In vielen Fragen brauchen die NATO, die USA die Unterstützung Russlands, zumindest indirekt. Da die deutsche Exekutive ein freundschaftliches Verhältnis mit den amtierenden Machthabern im Kreml pflegt, könnte Berlin diese internen Kommunikationskanäle mit Moskau nutzen, um Konflikte mit den US-Amerikanern sowie Europäern zu entschärfen.

Trotz aller Schwierigkeiten in den transatlantischen Beziehungen ist es unter keinen Umständen im Interesse Deutschlands, die USA weiter zu isolieren. Denn auch Deutschland profitiert von der US-amerikanischen Stellung als weltpolitische Supermacht, die ihr in anderen sicherheitspolitischen Fragen den Rücken freihält. Im Gegenzug kann Deutschland basierend auf seiner neuen Identität eine Moderatorenfunktion übernehmen und dabei helfen, die transatlantischen Divergenzen zu überwinden. Deutschland braucht nämlich die Kooperation mit den Amerikanern, um als verantwortungsvoller, souveräner und geopolitischer Akteur in der Welt ernst genommen zu werden. Dabei steht nichts weniger auf dem Spiel als Deutschlands Reputation und Ansehen. Deutschland hat sich bei weltpolitischen Fragen weit aus dem Fenster gelehnt; jetzt gilt es, auch Ergebnisse zu liefern. 🌐

## **Welt** **Trends** Zeitschrift für internationale Politik

### **Deutsche Außenpolitik – Die kleine politische Bibliothek**

Eliten und Außenpolitik; Ausbildung und Qualifikation	WT 28
Großmächtiges Deutschland; selbstbeschränkter Realismus	WT 43
Deutsche Ostpolitik; Rot-Grüne Außenpolitik	WT 52
Geopolitik Ost, Dreieck Deutschland-Polen-Russland	WT 63
Deutsche Außenpolitik in Schwarz-Rot; Bilanz	WT 67

pro Heft, ca. 150 Seiten, 5€

Beim Kauf von 2 Heften zusätzlich eine kostenlose CD mit WT-Publikationen über die Außen- und Innenpolitik Polens der letzten 20 Jahre.

**bestellung@welttrends.de** und natürlich die Einzelhefte bei **amazon**